

Aufruf zum Ostermarsch Rhein-Neckar am 22. März 08 in Mannheim

Für Frieden in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten! Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden!

Es ist die Zivilbevölkerung, die in weltweit 130 gewalt-
sam ausgetragenen Konflikten unermessliches Leid er-
duldet. Vernichtung und Vertreibung trifft die Men-
schen vor allem im Irak, Afghanistan, Darfur, Somalia,
Sri Lanka und Pakistan. Ohne die Kriegsoffer anderer
Regionen zu vergessen, konzentriert sich die Friedens-
bewegung auf die Krisen und Kriege im Nahen und
Mittleren Osten - aus vielen Gründen.

Die Gefahr einer Eskalation zu einem Weltkrieg ist hier
besonders hoch; Rüstungskonzerne im Großen und
Waffenhändler im Kleinen profitieren von
den Konflikten; der Zusammenhang
zwischen ungehindertem Zugang zu
(Energie-)Rohstoffen und skrupellosem
Machteinsatz ist überdeutlich und die
Instrumentalisierung von Menschenrechten
und Religion offensichtlich; die
Gefährlichkeit der sogenannten friedlichen
Nutzung der Kernenergie für den
Atombombenbau nicht zu übersehen; der
Versuch, Sicherheit und Frieden durch
Militäreinsätze zu erreichen, scheitert seit
Jahren; der Terrorismus wurde gestärkt statt
überwunden.

Verhandlungen und Dialog statt Aufrüstung und Krieg

Immerhin konnte es u. a. die Friedensbewegung verhin-
dern, dass Deutschland unmittelbar am Irakkrieg betei-
ligt ist. Aber der Druck auf die Regierung reichte noch
nicht, um die indirekte Beteiligung am Irakkrieg zu ver-
eiteln.

Einerseits übernahm die Bundeswehr Überwachungs-
und Aufklärungsaktivitäten und entlastete so die US-
Streitkräfte. Andererseits gewährte die Bundesregierung
der US-Armee Überflug- und Landerechte. Und sie dul-
det deren Kommandozentralen und Kasernen u. a. in
Stuttgart (EUCOM), Ramstein, Mannheim und Heidel-
berg statt die Stationierungsverträge endlich zu aufzu-
kündigen.

Obwohl die Bundeswehr seit sechs Jahren in Afghanis-
tan unmittelbar im Einsatz ist, hat sich die Sicherheits-
lage dort ständig verschlechtert. Der Bundeswehreinsatz
verschlingt enorme Gelder, die für den Wiederaufbau
des zerstörten Landes fehlen.

Nach den leidvollen Erfahrungen des 2. Weltkriegs
wurde mit der UN-Charta die völkerrechtliche Grundla-
ge für Frieden, sozialen Fortschritt und Wohlstand

weltweit geschaffen. Das Gewaltverbot und das Verbot
von Angriffskriegen und der Vorrang der friedlichen
Konfliktlösung sind ihre wesentlichen Kernelemente.
Deswegen fordern wir den Abzug der Bundeswehr aus
Afghanistan und ein Lösung des Konflikts durch Ver-
handlungen zwischen allen Konfliktparteien.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist eine Bedro-
hung für den Weltfrieden. Sicherheit und Frieden für
beide Seiten müssen durch Verhandlungen erreicht wer-
den, mit dem Ziel die Besatzung der Westbank zu been-
den und zwei gleichberechtigte
Staaten zu schaffen. Wir unterstützen
den Dialog zwischen
palästinensischen und israelischen
Friedenskräften. Die Lieferung von
U-Booten der Bundesregierung an
Israel ist kontraproduktiv.

Der Iran kann nur durch
Verhandlungen von Atomwaffen
abgehalten werden. Als Alternativen
zum Atomprogramm muss dem Iran
Unterstützung bei der Entwicklung
erneuerbarer Energien angeboten
werden.

Alle Konfliktparteien müssen in einer Konferenz für Si-
cherheit und Zusammenarbeit in Nah- und Mittelost
friedliche Lösungen finden.

Erneuerbare Energien und konsequenten Klimaschutz statt Rüstung

Statt Energieversorgung und Energiesicherheit als eine
im eigenen Land zu lösende Herausforderung zu verste-
hen, wird der ungehinderte Zugriff auf die Energieroh-
stoffe in Krisenregionen gefordert und auch vorbereitet.
Die Energieversorgung von Kernenergie und fossilen
Energieträgern unabhängig zu machen reduziert die Ge-
fahr von Kriegen.

Verteidigungsministerium und Wirtschaftskreise propa-
gieren den ungehinderten Zugriff auf die (Energie)
Rohstoffe anderer Länder unverhohlen als eine mili-
tärische Aufgabe (siehe Verteidigungsweißbuch der
Bundeswehr). Eigentliche Ursache von vielen Krisen
und Kriegen sind der (Energie)Rohstoffhunger und der
Kampf um diese Ressourcen und nicht der Schutz von
Menschenrechten.

Entwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien an Stel-
le der Nutzung der klimaschädlichen fossilen Energie-



träger schafft Arbeitsplätze, sichert die Energieversorgung und ist wirksamer Klimaschutz. Finanzielle und andere Ressourcen und menschliche Kreativität dürfen nicht für Waffenentwicklung und Waffenproduktion missbraucht werden, sondern werden zur Steigerung der Energieeffizienz und des Energiesparens dringend benötigt.

Für den konsequenten Atomausstieg und atomare Abrüstung

Die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie geht mit der Verbreitung von Atomwaffen Hand in Hand und bringt immer mehr Staaten in den Besitz der Atombombe. Alle Atomstaaten müssen die Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrages zur atomaren Abrüstung endlich umsetzen.

Atomstaaten müssen ihre Nuklearwaffen von fremden Territorien abziehen und verschrotten. Das gilt besonders für die in Büchel in Rheinland-Pfalz gelagerten amerikanischen Atomsprengköpfe. Die Bundesregierung muss die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden.

Für Abrüstung und Rüstungskonversion

Der EU-Vertrag verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung und schafft eine Rüstungsagentur. In

Deutschland werden neue Fregatten gebaut und die Weltraumausrüstung mit Radar-Aufklärungssatelliten vorangetrieben, Rüstungsexporte werden gefördert.

Erforderlich ist stattdessen eine radikale Reduzierung der Rüstungsausgaben. Die freiwerdenden Mittel werden für soziale, kulturelle, bildungs-, energie- und arbeitspolitische Maßnahmen dringend gebraucht. Nötig sind die Konversion der Rüstungsindustrie, d. h. die Produktion von zivilen und umweltverträglichen Gütern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich des Klimaschutzes. Die EU und Deutschland müssen die friedliche Konfliktbeilegung ausbauen und mehr Friedensfachkräfte ausbilden.

Für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte - gegen Militarisierung im Inneren

Mit Tornado-Aufklärungsflügen werden Globalisierungskritiker ausgespäht, der Einsatz der Bundeswehr im Innern wird Schritt für Schritt ausgedehnt. Das leitet der Entwicklung zum Überwachungsstaat Vorschub und höhlt demokratische Grundrechte aus. Nachhaltige und wirksame Maßnahmen gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bleiben dagegen auf der Strecke.

Karsamstag, 22. März 08, 12 Uhr Mannheim Paradeplatz

Anschließend Fahrradtour zur Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (Neustheim, Seckenheimer Landstraße 12) und zur Spinelli-Kaserne (Feudenheim),

Abschlusskundgebung: 14 Uhr - Umweltzentrum

Mannheim-Neckarstadt, Käfertaler Straße 162

Ich/wir unterstütze(n) den Aufruf zum Ostermarsch am 22. März 2008 in Mannheim: (Stand 28. Februar 2008)

Einzelpersonen: Al-Hayali, Thair (Pharmareferent), Capece, Elwis (NGG-Geschäftsführer), Caroli-Buch, Barbara, Dollmann, Klaus (Sozialarbeiter), Fontagnier, Gerhard (Bezirksbeirat - Die Grünen), Greune, Gerd (Journalist), Huhn, Martin (Industrie- und Sozialpfarrer), Jerg, Karin (Sozialpädagogin), Kieser, Roger (stellv. GBR-Vorsitzender NextiraOne), Kobel, Anton (Gewerkschaftssekretär i.R.), Köhler, Ursula (Lehrerin i.R.), Köhler, Bernd (Grafiker), Kohler, Mathias; Kuch, Gudrun (Stadträtin - Linke Liste), Meder, Mathias (Stadtrat - Die Grünen), Nevermann, Wolf (Heilpraktiker), Reger, Otto (Dipl. Ökonom), Sauer-Gürth, Hedwig (CTA), Schmidt, Konni, Schuster, Roland (Betriebsrat), Spohn-Loge, Klaus-Peter (Sozialsekretär KDA), Thirion-Brenneisen, Gabriele (Stadträtin - Die Grünen), Trüper, Thomas (Betriebsratsvorsitzender), Vehrenkamp, Erich (Gewerkschaftssekretär - IGM), Vehrenkamp, Doris (stellv. BR-Vorsitzende), Weckerle, Tilo (Personalratsvorsitzender Jugendamt), Weiland, Gabriele (Ergotherapeutin), Wenzel, Thomas (Projektleiter IGM / MYPEGASUS), Yaman, Mehmet (Betriebsrat Roche)

Organisationen: Antikriegsforum Heidelberg, Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat der Stadt Mannheim, DIE LINKE Mannheim, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Regionalgruppe Rhein-Neckar, Friedensplenum Mannheim, Friedensratschlag Heidelberg, Gewerkschaft NGG Mannheim, IGM-Vertrauenskörperleitung Alstom Power Mannheim, Initiative für Frieden e.V. (IFIAS), Nicaragua-Verein Mannheim-El Viejo, DKP-Kreisverband Mannheim, Naturfreunde Ortsverein Mannheim, Linke Liste Mannheim, VVN - Bund der Antifaschisten Kreisvereinigung Mannheim, DIDF Mannheim, Umweltforum Mannheimer Agenda 21

V.i.S.d.P.: Friedensplenum Mannheim, Rheinhäuser Str. 61, 68165 Mannheim

Mitveranstalter: Friedensratschlag Heidelberg & Antikriegsforum Heidelberg

www.frieden-mannheim.de

Friedensplenum.Mannheim@gmx.de

Spendenkonto: Sonderkonto M. Kohler, 12333368 bei der BB-Bank (BLZ 660 908 00)